

Virtuelle Region Nordwest (ViR Nordwest)

- Projektbeschreibung -

1. Ziele und Modellcharakter des Projekts

Die Ziele des Vorhabens bestehen in Entwicklung und Erprobung einer informationstechnischen Infrastruktur, mit der

- die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen in der Region intensiviert bzw. verbessert und
- die Erbringung von Verwaltungsleistungen stärker regionalisiert werden kann.

Die Projektarbeiten werden so weit wie möglich in den Kontext überregionaler bzw. bundesweiter Initiativen eingebunden. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass dies sowohl der Nachhaltigkeit der Entwicklungen vor Ort dient als auch Chancen für die Profilierung der Region als Standort mit hoher Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien und dementsprechend hoher Anwendungscompetenz bietet.

Der Modellcharakter des Projekts resultiert daraus, dass die nachfolgend näher beschriebenen technisch-organisatorischen Module und erst Recht ihre Kombination zu einer regionalen Infrastruktur einen hohen Innovationsgrad aufweisen. Die Module werden in der Zusammenarbeit besonders interessierter Kommunen entwickelt und erprobt. Die Ergebnisse werden dann allen interessierten Verwaltungen aus der Region vorgestellt und können von diesen anschließend im Echtbetrieb genutzt werden. Voraussetzung dafür ist die Einigung auf ein tragfähiges Organisations- und Finanzierungsmodell, dessen Entwicklung ebenfalls Bestandteil des Projektes ist.

Nach unserem Kenntnisstand beschränken sich interkommunale Entwicklungsprojekte im hier beschriebenen Themenfeld bislang auf die Realisierung einzelner, meist isolierter Pilotvorhaben. Im Unterschied dazu zielt das Projekt ViR auf die Integration mehrerer Module zu einer erweiterungs- und damit zukunftsfähigen Infrastruktur. Schon die Entwicklungsarbeiten setzen eine neue Intensität in der Zusammenarbeit der mitwirkenden Verwaltungen voraus. Die Lösungen selbst zeigen neue Wege für die zukünftige Verwaltungsorganisation auf – und zwar auch jenseits der unmittelbar von den Projektarbeiten erfassten Felder von Verwaltungsarbeit.

2. Ausgangssituation

Seit 2002 arbeitet im Regionalen Netzwerk E-Government Bremen-Niedersachsen (RegNet) eine weiterhin steigende Zahl (gegenwärtig etwa 60) niedersächsischer Kommunen, Bremen und Bremerhaven zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, Synergieeffekte zu realisieren und gemeinsame Entwicklungen anzustoßen. Das RegNet wird koordiniert durch eine beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen angesiedelte und von diesem finanzierte Geschäftsstelle. Das Netzwerk versteht sich als offener und unverbindlicher Zusammenschluss. Interessenten werden durch einfache Interessensbekundung Mitglied, bislang ist die Mitwirkung nicht mit bestimmten Kosten verbunden.

So positiv sich die Offenheit des RegNet auch auf den Zuwachs an Interessenten in der Vergangenheit ausgewirkt hat, so schwierig ist es, angesichts fehlender Mittel Entwicklungs- und Erprobungsprojekte zu initiieren und durchzuführen bzw. die laufenden Arbeiten dauerhaft abzusichern. Das mit Mitteln der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen-Niedersachsen finanzierte Projekt „Regionale Bürgerservices im interkommunalen Verbund“ hat gezeigt, dass die Attraktivität des RegNet mit solchen Entwicklungsvorhaben deutlich steigt und dass die interkommunale Zusammenarbeit zwar auf Basis der bestehenden Organisationsstruktu-

ren des RegNet, nicht aber ohne Einwerben entsprechender Fördermittel gelingen kann. Insofern baut das Projekt ViR auf zurückliegenden Arbeiten innerhalb des RegNet auf, setzt die Initiative zur interkommunalen Zusammenarbeit und zur Entwicklung neuer technisch-organisatorischer Lösungen mit neuen Projekten fort und überführt diese in ein tragfähiges Finanz- und Organisationskonzept.

3. Vorgesehene Projektarbeiten

Das Projekt ViR besteht aus zwei Teilvorhaben, die eng miteinander verbunden sind:

1. Aufbau eines Redaktionsverbunds für die arbeitsteilige Erstellung von Web-Content für die Verwaltungen der Region
2. Konzeption und prototypische Umsetzung eines „Zuständigkeitsfinders“ für einen erleichterten Zugang zu Verwaltungen für Bürger und Wirtschaft

Ergänzt werden diese Teilvorhaben durch eine gemeinsame Projektkoordination durch die RegNet-Geschäftsstelle und das Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib), die auch die Entwicklung des Finanz- und Organisationskonzepts für den dauerhaften Betrieb der entwickelten Komponenten umfasst.

3.1 Aufbau eines Redaktionsverbunds

Städte und Gemeinden stellen heute umfangreiche Informationsangebote im Internet bereit. Zumindest im Verwaltungsbereich sind darunter zahlreiche Darstellungen zu finden, die nicht ortsspezifisch und in ähnlicher Form in nahezu allen Webangeboten von Kommunalverwaltungen zu finden sind. Besonders deutlich wird dies bei der Beschreibung von (im Prinzip von Kommune zu Kommune identischen) Verwaltungsleistungen.

Um den Aufwand bei Erstellung und Unterhalt von Webangeboten der Verwaltungen in der Region zu reduzieren, ist der Aufbau eines Redaktionsverbunds zur arbeitsteiligen Erstellung der Inhalte geplant, die anschließend von den angeschlossenen Verwaltungen übernommen und dabei an Struktur und Layout des jeweiligen Angebots angepasst werden können (s. Abb. 1).

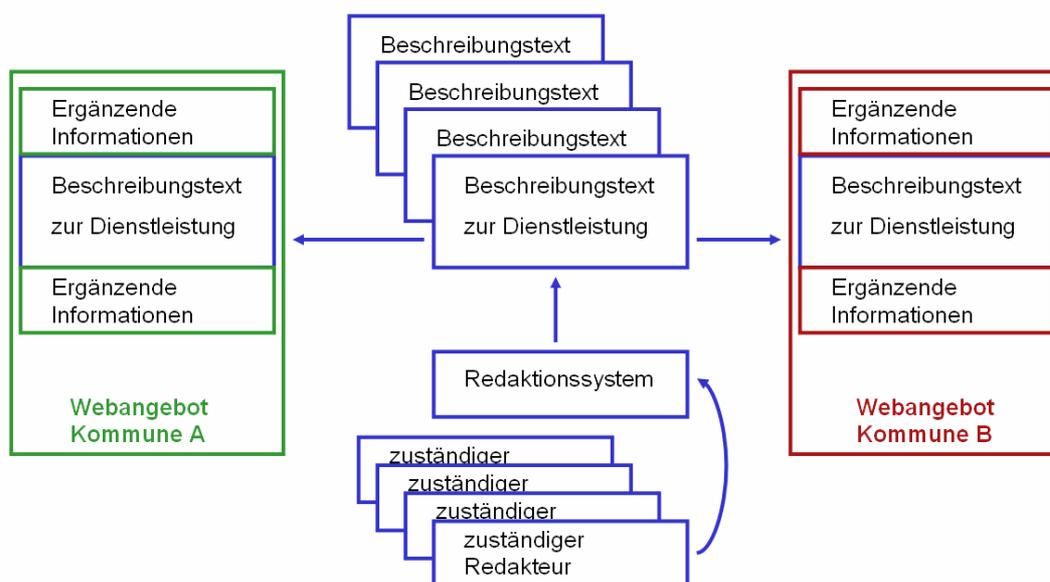


Abb. 1: Funktionsprinzip des Redaktionsverbunds

Auf seiner Sitzung am 19. April 2005 hat die RegNet-Steuerungsgruppe einen Konzeptentwurf für den Redaktionsverbund „Dienstleistungsbeschreiber“ verabschiedet, der am 25. Mai 2005 auf dem RegNet-Plenum allen Mitgliedern vorgestellt und mit kleineren Änderungen angenommen worden ist (s. Anlage). Ziel ist es, dass sich möglichst viele Mitglieder dem Redaktionsverbund anschließen. Die mitwirkenden Verwaltungen verpflichten sich dazu, eigene Textbeiträge dem Verbund verfügbar zu machen und diese bei Bedarf zu aktualisieren. Im Gegenzug haben sie das Recht, die von anderen Partnern erstellten Beiträge in eigene Veröffentlichungen und insbesondere ins eigene Webangebot zu übernehmen, so dass die eigenständige Texterstellung in diesen Fällen entfallen kann.

Bislang haben ihr Interesse an einer Mitwirkung bekundet: die Landkreise Cuxhaven, Diepholz, Nienburg und Rotenburg (Wümme), die Städte Achim und Diepholz, die Gemeinde Ganderkesee sowie die Freie Hansestadt Bremen. Sollte im Rahmen des Projekts ViR die Finanzierung der Aufbauphase gesichert sein, ist mit weiteren Teilnehmern zu rechnen.

Der Konzeptentwurf sieht eine koordinierende Stelle vor, die insbesondere für Verteilung und in der Anfangsphase sicherlich auch für die Qualitätssicherung der redaktionellen Beiträge, die Regelung von Konflikten sowie für Kostenplanung und Mittelbewirtschaftung verantwortlich ist. Die Erfahrung zeigt, dass gerade in der Startphase interorganisatorischer Kooperationen sehr hoher Koordinationsaufwand zu bewältigen ist.

Der Aufbau des Redaktionsverbunds ist zentrales Element des Projektes ViR. Zu kalkulieren sind dabei insb. die Kosten für die technische Infrastruktur (Serverbetrieb, Lizenz für Content-Management-System etc.), koordinierende Tätigkeiten in der Aufbauphase des Redaktionsverbunds sowie die wissenschaftliche Auswertung der dabei gesammelten Erfahrungen.

3.2 Entwicklung und Erprobung eines „Zuständigkeitsfinders“

Als weiteres Element einer regionalen IT-Infrastruktur ist die Entwicklung und Erprobung eines Zuständigkeitsfinders vorgesehen. Darunter ist ein Web-Service zu verstehen, der von den Internet-Angeboten der teilnehmenden Verwaltungen aus zugänglich ist und über intelligente Abfragen und Verweise die Kunden der Verwaltungen zum Internetangebot der Stelle „lotst“, die für ihr spezielles Anliegen zuständig ist. Mit dieser Entwicklung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Kunden der Verwaltung häufig nicht wissen, welche Stelle für ihr Anliegen zuständig ist. Die Internet-Technologie bietet neue Optionen zur Lösung dieses Problems, zuvor sind dazu aber noch umfangreiche konzeptionelle Vorarbeiten zu leisten.

Während der im vorangegangenen Abschnitt dargestellte Redaktionsverbund der arbeitsteiligen Erstellung von Inhalten dient, besteht das Ziel des Zuständigkeitsfinders darin, den Zugang zu dezentral aufgebauten, betriebenen und gepflegten Internet-Angeboten durch eine gemeinsam genutzte Komponente zu vereinfachen. Beide Komponenten, Redaktionsverbund wie Zuständigkeitsfinder, sind wesentliche Stützpfiler einer regionalen E-Government-Infrastruktur (s. Abb. 2), wobei eine spätere Erweiterung über die Grenzen einer Region möglich und sicherlich auch wünschenswert wäre.

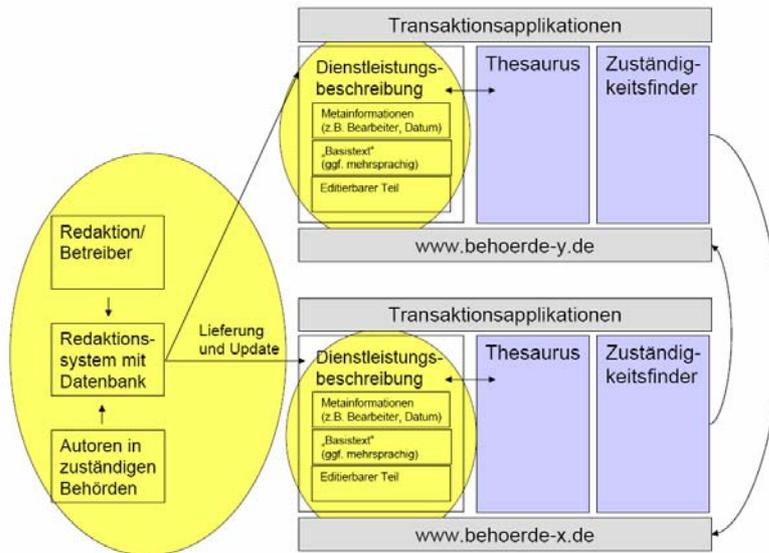


Abb. 2: Redaktionsverbund und Zuständigkeitsfinder im Zusammenspiel

Die Idee eines Zuständigkeitsfinders war auch schon Gegenstand der Initiative Deutschland-Online. Es hat sich aber gezeigt, dass es angesichts der vielen Partialinteressen der dort Mitwirkenden schwierig ist, ein solches Vorhaben deutschlandweit umzusetzen. Aussichtsreicher ist es, einen regionalen Ansatz zu wählen und diesen dann bedarfsweise Schritt für Schritt auszuweiten. Dieses Teilvorhaben bietet folglich noch einmal besondere Möglichkeiten zum Marketing für den Nordwesten als technologisch innovative Region.

3.4 Projektkoordination und Verstetigung

Die drei zuvor genannten Teilvorhaben hängen eng miteinander zusammen und müssen daher durch eine gemeinsame Projektleitung koordiniert werden. Weiterhin ist während der Projektlaufzeit durch Entwicklung tragfähiger Organisations- und Finanzierungsmodelle auf eine Verstetigung der Projektarbeiten hinzuwirken. Der dauerhafte Betrieb selbst ist nicht mehr Gegenstand dieses Projektantrags.

Die Verständigung der beteiligten Kommunen auf ein Organisations- und Finanzierungsmodell ist als Prozess zu verstehen, mit dem Weichen für die zukünftige interorganisatorische Zusammenarbeit gestellt werden. Dies erfordert die Bereitschaft zur intensivierten Zusammenarbeit, ein neues Verständnis von der eigenen Tätigkeit sowie die Einigung über finanzielle Rahmenbedingungen, die von den jeweiligen Verwaltungsspitzen und unter Umständen auch von der Kommunalpolitik getragen werden müssen. Insofern ist es realistisch, diesen Prozess über mehrere Jahre anzulegen. Der Vorteil einer derart fundierten „Interorganisationsentwicklung“ besteht darin, dass damit nicht nur für die Verstetigung der Projektarbeiten gesorgt wird, sondern darüber hinaus ein verlässlicher und tragfähiger Rahmen für weitere Vorhaben der Virtuellen Region Nordwest geschaffen wird, die derzeit noch gar nicht absehbar sind.